



NÉZŐPONT INTÉZET

POLITISCHER WOCHENBERICHT

42. KW 2019. (14/10/2019)

ZUSAMMENFASSUNG

Ungarische Innenpolitik – *Landesweit konnten Fidesz-KDNP, in der Hauptstadt die Opposition gewinnen:*

In der Hauptstadt gaben die Wähler ihre Stimmen infolge des durch die Opposition geführten Wahlkampfes angelehnt an die eigenen Parteipräferenzen und nicht mit Blick auf die Eignung der Kandidaten ab. Das führte dazu, dass sowohl in einer Mehrheit der Stadtbezirke von Budapest als auch in der Bürgerschaft der Hauptstadt die regierungskritischen Kräfte in eine günstigere Position gelangten, während Fidesz-KDNP auf dem Lande – wie bei sämtlichen Kommunal-, Parlaments- und Europawahlen seit 2009 – abräumen konnten, so dass sie ausgehend von den zusammengefassten Wahldaten auch weiterhin die einzige Volkspartei in Ungarn darstellen.

Wirtschaftspolitik – *Mehr als vierzigtausend Menschen haben die Zuwendungen für mehr Kinder beansprucht:*

Den aktuellsten Angaben zufolge wurden mehr als 40.000 Anträge in Verbindung mit dem Babyboomkredit eingereicht, 16.000 Anträge in Verbindung mit dem Zuschuss beim Kauf von Pkw für Großfamilien, 9.200 Anträge zur Senkung von Hypothekendarlehen sowie annähernd 1.500 Anträge für Wohnungsbauzuschüsse auf dem Lande.

Außenpolitik, Außenwirtschaft – *Viktor Orbán führte in Rom und Paris erfolgreiche Verhandlungen:*

Der ungarische Ministerpräsident besuchte vergangene Woche die Veranstaltung der Christdemokratischen Internationale (CDI) in Rom, bevor er in Paris mit dem französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron verhandelte. Die Gespräche berührten europäische Themen, wobei alle Gesprächspartner daran interessiert sind, dass die neue Europäische Kommission ihre Arbeit möglichst bald aufnimmt.

Nachrichten, die Beachtung verdienen – *Die Parlamentswahlen in Polen brachten einen Triumph der Regierungspartei:*

Im Anschluss an die Wahlen zum Europäischen Parlament konnte die regierende PiS in Polen auch die Parlamentswahlen gewinnen, obendrein gelang dem Team um Mateusz Morawiecki eine Verbesserung des Ergebnisses von 2015. Das aber bedeutet, dass die langfristigen Aussichten für die V4-Gruppe und für die polnisch-ungarischen Beziehungen ausgesprochen positiv sind.

UNGARISCHE INNENPOLITIK

LANDESWEIT KONNTEN FIDESZ-KDNP, IN DER HAUPTSTADT DIE OPPOSITION GEWINNEN

Die Oppositionsparteien konnten schon bei den jüngsten Wahlen zum Europäischen Parlament in der Hauptstadt eine Mehrheit erlangen, woraufhin es ihnen bei den jetzigen Kommunalwahlen gelang, ihre Wählerschaft erfolgreich ausgehend von ihrer Haltung zu den Parteien und zur Regierung zu mobilisieren. In ähnlicher Weise erfuhr die politische Landkarte auch in anderen Großstädten eine Neuordnung.

Landesweit machten 48,57 Prozent der Wahlberechtigten am 13. Oktober in Ungarn von ihrem Stimmrecht Gebrauch (bei einem Aufarbeitungsstand von 99,98 Prozent), was bedeutet, dass die Aktivität der Wähler jener der Wahljahre 2006 (53,12%) und 2002 (51,10%) nahekommt. Die im Tagesverlauf ständig aufgefrischten Daten ließen lange Zeit eine Rekordwahlbeteiligung vermuten, doch in den Nachmittagsstunden sank die Aktivität der Wähler. Die dritthöchste bei Kommunalwahlen je registrierte Wahlbeteiligung zeigt zugleich an, dass sich die ungarische Demokratie in einem guten Zustand befindet.

Den Wettbewerb um die Positionen zwischen den Parteien gewannen erneut Fidesz-KDNP. Landesweit 600 Bürgermeister werden durch die Regierungsparteien gestellt. Fidesz-KDNP holten in sämtlichen Komitatsversammlungen Mehrheiten, obendrein gewannen ihre Kandidaten in 13 der 23 Städte mit Komitatsrecht. In zwei dieser Städte – in Szekszárd und Nagykanizsa – konnten sich zwar Bürgermeister des Regierungslagers behaupten, während jedoch in der Bürgerschaft fortan eine Mehrheit der Opposition gegeben ist, was in diesen Städten eine neuartige Lage darstellt. Unter Berücksichtigung der landesweiten Daten kann gesagt werden, dass Fidesz-KDNP rein gar nichts von ihrem Charakter als Volksparteien eingebüßt haben, denn hinsichtlich des Listenwahlergebnisses konnten sie bei der Wahl der Komitatsversammlungen 1,4 Millionen Stimmen holen, was in jedem Fall einem Abschneiden oberhalb von 50 Prozent entspricht. Mit anderen Worten hätte das Regierungsbündnis Fidesz-KDNP ausgehend von diesen Daten und transformiert auf die Parlamentswahlen an diesem Sonntag wieder eine absolute Mehrheit errungen. Von nationalkonservativen Politikern geführt werden demnach auch weiterhin Sopron, Nagykanizsa, Zalaegerszeg, Kaposvár (seit 1994 ununterbrochen), Szekszárd, Székesfehérvár, Kecskemét, Szolnok,

Debrecen und Nyíregyháza, aber auch in Békéscsaba verhält sich die Lage ähnlich, da dort jener Péter Szarvas gewinnen konnte, der mit Unterstützung der Regierungsparteien antrat. Derweil gelang kein Durchbruch in Szeged und Hódmezővásárhely, wie auch die drei nordostungarischen Komitatsstädte (Salgótarján, Eger und Miskolc) in die Hände der Opposition gelangten.

Das regierungskritische Lager konnte wichtige Felder besetzen, wobei die Unterstützung der Opposition auf Landesebene ungefähr dem 2014 erzielten Ergebnis entsprach. In keiner einzigen Komitatsversammlung weiß die Opposition eine Mehrheit hinter sich, doch konnten Kandidaten der Opposition 10 Komitatsstädte gewinnen, sieben mehr, als noch 2014: Szombathely, Tatabánya, Pécs, Dunaújváros, Érd, Salgótarján, Eger, Miskolc, Hódmezővásárhely und Szeged. In Dunaújváros gewann ein Parlamentsabgeordneter der Jobbik – sobald dieser sein Mandat als Bürgermeister annimmt, werden Nachwahlen in dem Wahlbezirk für den Abgeordnetensitz im Parlament fällig.

Im Verlaufe des gestrigen Tages wurde die politische Landkarte im Vergleich zu den vor fünf Jahren erzielten Ergebnissen am markantesten in der Hauptstadt neu gezeichnet. Die landesweiten Auswirkungen der in den letzten Wochen vor dem Wahltermin geplatzten politischen Skandale schlagen sich in erster Linie in jenen Daten für Budapest nieder, die Positionsverluste der Kandidaten der Regierungsparteien und erstarkende Oppositionspolitiker zeigen. In 14 der 23 Budapester Stadtbezirke holte die Opposition den Sieg, in 7 Bezirken gewannen die Regierungsparteien, in 2 Bezirken triumphierten unabhängige Kandidaten. Konnten Fidesz-KDNP 2014 noch 17 Mandate in der Bürgerschaft der Hauptstadt erringen, sind es dieses Mal vier Mandate weniger, während die Opposition genauso viele Mandate hinzugewinnen konnte.

Folgende Stadtbezirke werden künftig von Oppositionspolitikern geführt: 1.-4. Bezirk, 6.-8. Bezirk, 11. Bezirk, 13.-15. Bezirk, 18. und 19. Bezirk. In der Budapester Bürgerschaft sitzen insgesamt 33 Abgeordnete, neben den Bürgermeistern der Stadtbezirke und dem Oberbürgermeister nämlich auch Inhaber sogenannter Kompensationsmandate. Es werden insgesamt 9 Kompensationsmandate vergeben, von denen 6 Mandate an Fidesz-KDNP, 3 Mandate an gemeinsame Kandidaten der Opposition gingen. Auf diese Weise erlangt die Opposition eine Mehrheit in der Budapester Bürgerschaft.

Die Oberbürgermeisterwahl in Budapest gewann Gergely Karácsony, der mit 353.000 Stimmen 50,86 Prozent erreichte. Der seit 2010 amtierende OB István Tarlós holte 306.000 Stimmen (44,1 Prozent) und blieb populärer als Fidesz-KDNP, allerdings nicht mehr in dem früher gekannten Ausmaße. Der

Publizist Róbert Puzsér gewann 30.973 Stimmen (4,46 Prozent), Krisztián Berki erreichte mit 4.046 Stimmen nicht einmal 1 Prozent (0,58 Prozent). In der Hauptstadt kam es zum ersten Mal seit 2010 zu einem Wechsel des Oberbürgermeisters, so dass Gergely Karácsony der dritte Budapester Stadtvater nach Demszky und Tarlós sein wird. Die aus sechs Parteien zusammengezimmerter Koalition der Opposition darf ihren Triumph dem Umstand zuschreiben, dass sie die Wähler nicht hinsichtlich der Eignung ihrer Kandidaten, sondern rein nach Parteipräferenzen mobilisieren konnte, was zumindest auf die Hauptstadt und ein, zwei andere Großstädte im Lande zutrifft. Die Regierungsparteien bekundeten nach Bekanntwerden der Ergebnisse ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit; der abdankende OB István Tarlós erreichte ein besseres Resultat als noch 2014, aber ein schlechteres als früher.

UNGARISCHE WIRTSCHAFTSPOLITIK

MEHR ALS VIERZIGTAUSEND MENSCHEN HABEN DIE ZUWENDUNGEN FÜR MEHR KINDER BEANSPRUCHT

Die Maßnahmen des Aktionsplans zum Schutz der Familien sind populär, ohne deshalb das Defizitziel in Frage zu stellen, also unter Bewahrung eines stabilen Haushalts. Den aktuellsten Angaben zufolge wurden mehr als 40.000 Anträge in Verbindung mit dem Babyboomkredit eingereicht, 16.000 Anträge in Verbindung mit dem Zuschuss beim Kauf von Pkw für Großfamilien, 9.200 Anträge zur Senkung von Hypothekendarlehen sowie annähernd 1.500 Anträge für Wohnungsbauzuschüsse auf dem Lande.

Der das Ministerpräsidentenamt leitende Minister Gergely Gulyás berichtete auf der üblichen Regierungspressekonferenz von den frischesten Zahlen, mit denen sich die Popularität des Aktionsplans zum Schutz der Familien belegen lässt. Eines der beliebtesten Elemente der Maßnahmen ist demnach der seit dem 1. Juli abrufbare Babyboomkredit, den bislang schon mehr als 40.000 Menschen beantragten, wobei sich 87 Prozent der Anträge auf den Maximalbetrag von zehn Millionen Forint bezogen. In Verbindung mit dem ländlichen Wohnungsbauförderprogramm („falusi CSOK“), das ebenfalls ab 1. Juli in Anspruch genommen werden kann, gingen nahezu 1.500 Anträge ein, deren durchschnittlicher Betrag 7,8 Millionen Forint ausmacht. Um das Programm der Zuschüsse beim Kauf von Pkw für Großfamilien fortsetzen zu können, wurde auf der jüngsten Regierungssitzung die Bereitstellung von weiteren 2 Milliarden Forint beschlossen. Die Finanzierung der populären

Maßnahmen gefährdet nicht die Stabilität des Staatshaushalts, so dass auch jene Zuwendungen die Erfüllung des Defizitziels nicht in Frage stellen, die erst im Jahresverlauf beschlossen wurden. Die alle Erwartungen übersteigenden Wachstumswahlen dürften eine ausreichende Deckung gewährleisten. Im zweiten Quartal 2019 erreichte das Wirtschaftswachstum gegenüber dem Vorjahr 5,1 Prozent, während der Überschuss der öffentlichen Hand 1,8 Prozent am BIP ausmachte und damit um 3,2 Prozentpunkte besser als vor einem Jahr ausfiel.

AUSSENPOLITIK UND AUSSENWIRTSCHAFT

VIKTOR ORBÁN FÜHRTE IN ROM UND PARIS ERFOLGREICHE VERHANDLUNGEN

Der ungarische Ministerpräsident besuchte vergangene Woche die Veranstaltung der Christdemokratischen Internationale (CDI) in Rom, bevor er in Paris mit dem französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron verhandelte. Die Gespräche berührten europäische Themen, wobei alle Gesprächspartner daran interessiert sind, dass die neue Europäische Kommission ihre Arbeit möglichst bald aufnimmt.

In der vergangenen Woche wurden zahlreiche Hindernisse konstruiert, weshalb die von Ursula von der Leyen geführte Europäische Kommission am 1. November kaum ihr Amt antreten kann. Zum einen stimmte der Fachausschuss des Europäischen Parlaments für den Binnenmarkt zum zweiten Mal mit großer Mehrheit, mit 82 gegen 29 Stimmen bei 1 Enthaltung, dafür, die Kandidatin der französischen Liberalen, Sylvie Goulard, aus ethischen Gründen nicht als EU-Binnenmarktkommissar zu befürworten, zum anderen entzog das rumänische Parlament der Regierung von Viorica Dancila unter Führung der Sozialdemokraten das Vertrauen, weshalb sich die früher aufgetretenen Probleme in Verbindung mit dem rumänischen Kandidaten für die Kommission nicht binnen kurzer Zeit beilegen lassen. So stellte denn auch Ursula von der Leyen in einer Presseverlautbarung in Aussicht, dass die Abstimmung im Europäischen Parlament über die neue Kommission nicht wie ursprünglich vorgesehen am 23. Oktober stattfinden wird.

Zwar kamen die bilateralen Gespräche in Italien und Frankreich nicht ausdrücklich deshalb zustande, um die Europapolitik der Parteien abzustimmen, dennoch darf angenommen werden, dass Viktor Orbán bei seinem Gespräch mit Silvio Berlusconi um die Unterstützung des ungarischen Kandidaten für die EU-Kommission, Olivér Várhelyi, durch die Forza Italia gebeten hat, zumal man sich nicht nur

in der gleichen europäischen Parteienfamilie, sondern auch auf einer Plattform befindet. Die Unterredung mit Emmanuel Macron war aus dem Blickwinkel spannender, dass die französische Kandidatin für die Kommission erst kurz vor dem Treffen abgelehnt wurde. Wegen der veränderten Zusammensetzung des Europäischen Parlaments könnte ein provisorischer Zusammenschluss zwischen Europaabgeordneten von Renew Europe und EVP ein Paradebeispiel für das Zustandekommen der früher so häufig erwähnten sachbezogenen Koalitionen werden, um die Mitglieder der Kommission durchzudrücken.

NACHRICHTEN, DIE BEACHTUNG VERDIENEN

DIE PARLAMENTSWAHLEN BRACHTEN DEN SIEG DER POLNISCHEN REGIERUNGSPARTEI

Während am 13. Oktober in Ungarn Kommunalwahlen stattfanden, wurden an diesem Sonntag in Polen Parlamentswahlen abgehalten. Im Vorfeld wurde einhellig ein Sieg der Regierungspartei PiS (Recht und Gerechtigkeit) prognostiziert, die in den letzten Umfragen bereits bei 48 Prozent gemessen wurde. Unter den drei großen Oppositionsblöcken durfte die Bürgerkoalition (KO) auf 27 Prozent der Stimmen hoffen. Die KO wurde unter Führung der Mitterrechtspartei Bürgerplattform (PO) gebildet, unter Teilnahme der linksliberalen Moderne (Nowoczesna) und der Grünen. Das vorläufige Endergebnis der Wahl fiel gemessen daran (bei einem Aufarbeitungsstand von 83 Prozent) wie folgt aus: Die PiS holte 45,2 Prozent der Stimmen und gewann die Parlamentswahlen souverän, die KO fiel auf 26 Prozent zurück, während die Linke (Lewica) 12 Prozent erreichte. Die von der Bauernpartei PSL geführte Polnische Koalition wurde mit 9 Prozent die viertstärkste politische Kraft. Das aber bedeutet, dass die Regierungspartei PiS gegenüber 2015, als sie 38 Prozent der Stimmen holte, deutlich stärker abschneidet. Im Sejm mit seinen 460 Sitzen hätte sie 231 Abgeordnetenmandate für die einfache Mehrheit benötigt, was der PiS nach den vorläufigen Ergebnissen gelungen sein dürfte. Die Bedeutung der Wahlen in Polen erfuhr nicht nur mit Blick auf Ungarn, sondern auf die V4-Gruppe eine Aufwertung. Indem sie ihre stabilen Positionen festigen konnte, sorgt die PiS für einen berechenbaren Punkt in den polnisch-ungarischen bilateralen Beziehungen ebenso wie in der weiteren Zusammenarbeit der Visegrád-Staaten, was mit Blick auf die nächste Europäische Kommission als auch die anstehenden Debatten um den kommenden Finanzrahmen der EU von entscheidender Bedeutung sein wird.

PROGNOSE

- In der Woche nach den Kommunalwahlen oder aber spätestens am 21. Oktober nimmt das ungarische Parlament seine Arbeit wieder auf, nachdem die Kommunalwahlen und der damit einhergehende Wahlkampf zu einer verlängerten Sommerpause in der Tätigkeit der Parlamentsabgeordneten führten. Die Regierung hat ihr Gesetzgebungsprogramm noch am 12. Juni eingereicht, woraufhin im Oktober und November zahlreiche Gesetze modifiziert werden dürften.

Das mit der Unterschrift des Stellvertretenden Ministerpräsidenten Zsolt Semjén versehene Dokument – in dem nach Rechtsbrauch die mit internationalen Verträgen verbundenen Aufgaben der Gesetzgebung nicht enthalten sind – formuliert 12 Gesetzentwürfe, unter denen sechs einen großen Regulierungsbedarf, die übrigen Vorlagen einen mittelmäßigen Bedarf mitbringen. Das Ziel der meisten Modifizierungen besteht in der Rechtsharmonisierung, die sich aus den Verpflichtungen gegenüber der Europäischen Union ergibt. Einzelne Vorlagen hängen mit verschiedenen Elementen des kürzlich eingeführten Aktionsplans zum Schutz der Familien zusammen. So muss das Finanzministerium das Regelwerk niederlegen, um die Rückkehr junger Mütter auf den Arbeitsmarkt zu erleichtern, während mit der Einführung des Kinderpflegegelds für Großeltern zusammenhängende Regelungen im Arbeitsrecht zu treffen sind. Eine weitere große Aufgabe fällt dem Ministerium für Innovationen und Technologien zu, das ausgehend von den eingereichten Vorlagen Veränderungen an den Regelungen zum Verkehr, Handel und zur Energiewirtschaft vorsieht.